



Wochenschriftlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außer halb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühren für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 19. Mittags-Ausgabe.

Achtundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 12. Januar 1877.

Deutschland.

Berlin, 11. Januar. [Mittelsch.] Se. Majestät der Kaiser haben dem beim Reichskanzleramt für Schlaf-Lothringen angestellten Geheimen Expedienten Secretär und Calculator Puhlmann den Charakter als Rechnungsrath verliehen.

Se. Majestät der Kaiser haben im Namen des Deutschen Reichs den außerordentlichen Professor Dr. Laqueur zu Straßburg zum ordentlichen Professor in der medicinischen Facultät und den außerordentlichen Professor Dr. Willmann zu Straßburg zum ordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der Universität daselbst ernannt.

Berlin, 11. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] empfangen heute den zum Commandeur des 5. Ostpreussischen Infanterie-Regiments Nr. 41 ernannten Oberst-Lieutenant Pohlmann, und nahmen demnächst den Vortrag des General-Majors v. Albedyll entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war gestern in der Kaiserin-Augusta-Stiftung in Charlottenburg und Abends in einer Anbachtungsverammlung der evangelischen Allianz anwesend. — Heute war Ihre Majestät in einer Vorstandssitzung des Frauen-Lazarusvereins zugegen. — Im königlichen Palais findet heute eine musikalische Soiree statt.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittags eine militärische Meldung entgegen. Abends 8 Uhr besuchte Höchstersele die Vorstellung im Opernhaus.

Ihre Kaiserliche und Königliche Hoheit die Kronprinzessin empfing Nachmittags 4 1/2 Uhr die Gemahlinnen des königlich italienischen Botschafters Grafen Canova und des königlich italienischen Militär-Attaches, Majors Grafen Eugenio del Mayno, sowie Ihre Durchlaucht die verwitwete Fürstin Neuf.

Berlin, 11. Jan. [Die Socialdemokraten.] Die Bezirksräthe. Das Hervortreten der Socialdemokraten bei den diesmaligen Wahlen ist natürlich heute der Hauptgegenstand der Unterhaltung und Erwägung; namentlich hat aber wohl der Sieg der Umsturzpartei in Berlin selber die Fortschrittspartei überrascht und erschreckt. Noch gestern hatte die „Vossische Zeitung“ mit voller Geringachtung von den Social-Demokraten gesprochen und das fortschrittliche Wahl-Comité hatte es gestern, wie die Organe der Partei selber klagen, nicht einmal der Mühe werth erachtet, selber das Wahleresultat zu constatiren, so sicher war man seiner Sache. Die aus socialdemokratischen Zählungen hervorgegangenen ersten Mittheilungen dürften allerdings einige Abmilderung erfahren. So dürfte es wohl im 6ten Wahlkreise erst noch zur engeren Wahl zwischen Hasenclever und Bants kommen, und von Fockebeck scheint nicht nur im ersten, sondern auch im zweiten Wahlkreise (nicht also ein Social-Demokrat) zur Stichwahl zu stehen. — In weiterer Ausführung des Gesetzes über die Provinzial-Selbstverwaltung sind im Laufe des letzten Jahres überall die Provinzial- und die Bezirksräthe gebildet worden. Eine Uebersicht über den Fortgang dieser Entwicklung ergibt, daß der Provinzialrath für Sachsen am 25. Juni, für Schlesien am 1. Juli, für Pommern am 26. Juli, für Preußen am 7. November und für Brandenburg am 14. December zur Constituirung gelangt ist. Was die Bildung der Bezirksräthe in den einzelnen Regierungsbezirken betrifft, so ist dieselbe in Königsberg am 30. October, in Gumbinnen am 21. November, in Danzig am 30. October, in Marienwerder am 9. November, in Posen am 28. November, in Frankfurt a. O. am 16. November, in Stettin am 27. September, in Göttingen am 20. September, in Straßburg am 29. Sept., in Breslau am 2. November, in Regensburg am 10. October, in Döbeln am 6. December, in Magdeburg am 16. Sept., in Merseburg am 23. Sept. und in Erfurt am 9. October erfolgt.

Berlin, 11. Jan. [Die socialdemokratischen Wahlen.] Die Staatsberatung. — Bismarck. — Das Reichsjustizamt. — Der Landtag. Der Telegraph hat heute eine besondere Thätigkeit zu entwickeln gehabt, um aus allen Gauen des Reichs über die gestrigen Wahlergebnisse zu berichten. So weit sich dieselben an unterrichteter Stelle bis jetzt übersehen lassen, erhellt daraus eine überraschende und ganz sicher von der Partei selbst trotz aller ausgebotenen enormen Agitationen nicht erwartete Wendung für die Socialdemokraten. Man glaubte heute annehmen zu dürfen, daß sich die Zahl ihrer Plätze im Reichstage von 9 auf 40 gesteigert habe! Möglich, daß dies übertrieben ist oder durch Stichwahlen zu Gunsten anderer Parteien noch abgeschwächt wird, jedenfalls wird man sich mit dem Umstand vertraut machen müssen, mit einer nicht mehr verschwindenden, sondern in das Gewicht fallenden Zahl von Mitgliedern im Reichstage rechnen zu müssen, welche, nach der bisherigen Haltung der Partei zu urtheilen, lediglich darauf ausgehen, die Reichstagsthätigkeit überhaupt resultatlos zu machen und in ihrer Verbindung mit anderen oppositionsunkünftigen Elementen leicht sehr große Schwierigkeiten bereiten könnten. Jedenfalls trägt der Reichstag zum ersten Male seit Bestehen des Reichs eine völlig veränderte Physiognomie. — Der Bundesrath hat heute seine regelmäßige Sitzung ausfallen lassen, da Material für die Beratung nicht vorbereitet ist; an Vormission zur Bearbeitung eines Civilgesetzbuchs nichts vertheilt worden. Die Hauptarbeit entwickelt sich jetzt im Reichskanzleramt bez. der Aufstellung des Reichshaushaltsetats. Ist für denselben durch den kürzlich beschlossenen Etat für das erste Quartal auch in gewisser Hinsicht gearbeitet worden, und wird es sich für den größten Theil der Aufstellungen auch um dieselben Normen handeln, so hören wir doch, daß für wichtige Ressorts sehr erhebliche Aenderungen gegen die Vorjahre in Aussicht stehen. Es finden namentlich wegen des Militär-Etats zur Zeit noch Beratungen statt, welche über dessen Fertigstellung noch längere Zeit erfordern dürften. Schwerlich werden nach unseren Informationen die Arbeiten überhaupt soweit vorgerückt sein, um die Entwürfe vor Anfangs Februar auch nur zum Theil an den Bundesrath gelangen zu lassen; damit scheint es denn auch noch fraglich, ob es möglich sein wird, den Reichstag vor Ende Februar zu berufen und somit vor Anfang März in demselben die Staatsberatung beginnen zu können. — Fürst Bismarck ist noch immer leidend und wird daher schwerlich der morgenden Landtagseröffnung beiwohnen können. Se. Kaiserl. Hoheit der Kronprinz hat den Reichskanzler in den letzten Tagen wiederholt besucht und längere Zeit mit demselben conferirt. Der älteste Sohn des Fürsten, Graf Herbert Bismarck, welcher bisher der deutschen Gesand-

schaft in Bern attaché war, wird als Legationssecretär zur deutschen Botschaft in Wien versetzt werden. — Durch die Beförderung des Kaiserl. Geh. Reg.-Rathes Hanauer zum Director im Reichsjustizamt, ist eine Rathsstelle in dem letzteren vacant geworden. Dieselbe wird in einiger Zeit, und wie man hört, durch einen nichtpreussischen Juristen besetzt werden. Bekanntlich liegt es in der Absicht, die Zahl der Beamten, welche das Reichsjustizamt aus der bisherigen Justizabtheilung übernommen hat, nicht zu vermehren, sondern nur für außerordentliche Arbeiten durch Heranziehung namhafter Juristen zu erweitern. — Die Mitglieder beider Häuser des Landtages sind heute bereits in erheblicher Anzahl hier eingetroffen.

△ Berlin, 11. Jan. [Die Wahlergebnisse.] Die gestrige Reichstagswahl hat hier Resultate ergeben, an welche das Berliner Bürgerthum noch gar nicht glauben will. Freilich wird es in vielen andern Städten ebenso gehn. Wir haben allesamt die Socialdemokratie weit unterschätzt. Wir haben gemeint, daß die schlechten Zeiten ihr mehr Stimmen abwendig gemacht haben würden, als ihr die seit den letzten Reichstagswahlen erfolgte Vereinigung der beiden socialdemokratischen Parteien und die seitdem ausgebildete vorzügliche Organisation zuführen würden. Die gesammte deutsche Presse hat sich darin geirrt; das können wir dreist behaupten. Vor allem leidet darunter die Fortschrittspartei; sie hatte die meisten jener Plätze zu behaupten, in denen die Socialdemokratie sich erheblich ausgebreitet hat. Sie meinte, der Socialdemokratie bei den jetzigen Wahlen noch einige Plätze abringen zu können; hat doch der Abgeordnete Franz Dunder innerhalb der letzten drei Wochen in Mos's Wahlkreise Chemnitz mindestens ein Duzend Versammlungen gehalten, und dadurch Zeit und Kraft verschwendet, die seiner Partei in nicht socialistischen Kreisen ein paar Plätze sichern oder erringen helfen konnten. Hat doch Bürger's Gabe, populär zu reden, nur auf Hasselmann's Wahlkreis Elberfeld-Barmen verwendet und verschwendet. Wer vor acht Tagen behauptet hätte, daß in Berlin statt der 14,292 socialdemokratischen Stimmen von 1874 gestern etwa 34,000, in Breslau statt ca. 3000 von 1874 jetzt 8700, in Nürnberg statt 5355 jetzt 9988 abgegeben wurden, der hätte schwerlich Glauben gefunden. Hier in Berlin sicherlich nicht. Allerdings wußte man, daß der sechste Bezirk, welcher mehr Land-District und Nordend-Vorstadt, als eigentlicher Stadtwahlkreis ist, gefährdet war; hier haben die fortschrittlichen Vertrauensmänner und der bisherige Abgeordnete Dr. Bants im vollsten Maße ihre Schuldigkeit gethan; daß ihnen im letzten Augenblick die schützöllnerische-conservative Candidatur des Fabrikbesizers Borsig dazwischen geworfen wurde, haben sie nicht verschuldet, und das Ergebniß, wonach Hasenclever nach der eigenen Berechnung der Socialdemokraten nur 9897 Stimmen, 7 über die absolute Mehrheit, erhalten hat, während er vor 3 Jahren bei der engeren Wahl mit Schulze-Delisch es schon auf 6019 brachte, spricht für sie. Anders im IV. Wahlkreise, wo Fritzsche an 2000 Stimmen mehr wie Ebert erhielt; hier im Webersviertel haben sich die Kleinmeister und ihre Gesellen, sowie die Fabrikarbeiter am Schiefischen Thore anscheinend alle zu Socialdemokraten bekehrt; dennoch ist dort blutwenig von der Fortschrittspartei gesprochen, die an eine Niederlage nicht dachte. In den ersten drei Bezirken kommt es zur engeren Wahl, in den ersten beiden haben keine 50 pCt. gewählt. Die Fortschrittspartei hat im I. und II. mit Fockebeck zu stehen. Im ersten Bezirk haben sich die Socialdemokraten von 467 auf 1200, im 2., der die südlichen Vorstadtdistricte enthält, gar von 1143 auf 4045. Am meisten verwundert man sich wohl im 3. Bezirk, wo Herz bei 5735 Stimmen mit dem Socialdemokraten Nachow mit 4993 Stimmen stehen muß, während die hier sich fortschrittlich nennenden Zünftler mit Brandes 1192 und die nationalliberal-Conservativen mit Fockebeck 1572 Stimmen bekamen. Wie hier in einem Binnentheile, der durch den Canal von den Vorstadtdistricten getrennt ist, eine Vermehrung der Socialdemokraten von 1607 auf 4993 stattfinden kann, begreift Niemand von der Bürgerschaft. Daß Herz in engerer Wahl durchkommt, ist freilich sicher. — Das das Gesamtresultat nach diesen socialdemokratischen Erfolgen für die Fortschrittspartei ungünstig sein muß, ist ganz zweifellos. Wenn heute nur aus den größten Städten, Berlin, Breslau, Dresden, von neun für absolut sicher gehaltenen Plätzen bereits vier verloren und vier erst in engerer Wahl zu erobern sind, so kann ein Ersatz der Verluste gar nicht erhofft werden.

*** Berlin, 11. Jan.** [Schützöllnerisches.] In dem eleganten Saale des Wiener Restaurant in der Passage fand gestern eine kleine, aber gewählte Versammlung statt. Falsch wäre es, von ihr zu sagen, man solle die Namen und nicht die Zahlen wägen; denn gerade die hier anwesenden Namen repräsentiren zu gleicher Zeit ganz erhebliche Zahlen. Die ersten Vertreter der Großindustrie, der Kaufmannschaft haben sich ein Rendez-vous gegeben mit Mitgliedern der höchsten Beamtenkreise, hervorragenden Kräften der Presse. Sie alle haben sich zusammengefunden, um der verführerischen Botschaft des neuen Evangeliums zu lauschen, das da alle wirtschaftliche Noth mit einem Zauberworte aus der Welt schaffen will. Solch wunderbare Kraft soll die zu neuem Leben erwachte, uralte Theorie vom — Schützöll bestgen. Ein hervorragender Apostel derselben, Herr Dr. Stöpel aus Frankfurt a. M., ist auf Einladung des „Vereins für deutsche Volkswirtschaft“ hierher geeilt, um für sein Mittel Propaganda zu machen. Der Verein für deutsche Volkswirtschaft bestrebt sich, wie der eröffnende Vorsitzende der Versammlung, Herr Reg.-Rath a. D. Schück, auseinandersetzt, die von der Wissenschaft gefundenen Sätze nicht auf das internationale Gebiet zu spielen, sondern mit den deutschen Interessen in Einklang zu bringen. Ja, will das die deutsche Freihandelspartei denn nicht auch? Wozu da das Betonen des specifischen Deutschthums? Der Freihändler will nach seiner Ansicht nur das Beste der deutschen Industrie, der Schützöllner ebenso, — wie kann da eine der Parteien der andern impetiren, daß dies nicht der Fall wäre? Der Vortragende selbst desavouirte auch gewissermaßen diese Ansicht; denn aus dem Umstande, daß bei jeder Krisis der vorliegende Streit von Neuem auftritt, schloß er, daß wohl auf keiner Seite die absolute Wahrheit zu finden wäre, beide Systeme vielmehr einen Theil derselben enthielten. Es ist selbstverständlich unmöglich, an dieser Stelle, den auch für den Gegner interessanten Vortrag ausführlich mitzutheilen. Nachdem die Berechtigung des Staates zum Schützöll aus staatsrechtlichen

Gründen nachzuweisen versucht worden war, kam der Vortragende zu der Hauptfrage: „Gibt es gegenüber der augenblicklich Deutschland verheerenden Krisis ein Mittel, dieselbe zu verfürzen und ihre Folgen abzumildern?“ Die Antwort lautete: „Ja, dieses Mittel ist der Schützöll.“ Unsere Industrie ist noch nicht concurrenzfähig gegenüber dem Auslande, namentlich England, folglich bedarf sie eines mächtigen Schützölls. Dieses war der rote Faden, der sich durch die ganze Rede zog. Die Industrie verlangt dabei nichts Ungebührliches, denn sie hat ein „Recht auf Schutz der Arbeit.“ Ein Recht auf Schutz der Arbeit ist selbstverständlich; was aber hier verlangt wird, ist Schutz — des Gewinnes. Und was der Großindustrie recht ist, muß für den kleinen Gewerbetreibenden und Handwerker billig sein. Wird dies aber zugegeben, so trennt uns nichts mehr von der Socialdemokratie. Denn wird vom Staate Garantie des Gewinnes verlangt, so kann ebenso gut Garantie der Arbeit überhaupt verlangt werden; damit sind wir aber bei dem famosen „Recht auf Arbeit“ angelangt. Die Versammlung folgte den schützöllnerischen Ausführungen des Redners mit großem Interesse, das sich am Schluß durch lauten Beifall kundgab. Obgleich einige Freihändler anwesend waren, so hielten es dieselben jedenfalls bei der ausgeprägten Tendenz der Mehrzahl der Anwesenden nicht für angebracht, sich in eine Debatte einzulassen. Einer der Zuhörer, der Geh. Commerzienrath Schwarzpopp, hat unter verbindlichen Complimenten den Redner, seinen Vortrag doch etwas gedrängter und noch ein wenig populärer im Druck erscheinen zu lassen, was denn auch bereitwillig zugesagt wurde. Darauf schloß der Vorsitzende die Versammlung, indem er den anwesenden Vertretern der Behörden — es waren Vertreter des Handelsministeriums, sowie der Gewerbe-Akademie u. a. zugegen —, der Presse und den übrigen Gästen den Dank des Vereins für ihr Erscheinen aussprach. Interessant war diese Versammlung jedenfalls insofern, als sie zeigt, wie die Idee eines gemäßigten Schützölls — das Gemäßigste wurde auch vom Redner mehrmals betont, wahrscheinlich aus Rücksicht auf etwa vorhandene „freihändlerische Velleitäten“ — in unseren industriellen, wie Regierungskreisen bedeutende Fortschritte macht.

[Das Briefgeheimniß.] Wie bereits telegraphisch gemeldet, schreibt der „Reichsanz.“:

In der Sitzung des deutschen Reichstages vom 15. Decbr. v. J. wurde von dem Abgeordneten Liebknecht bei Gelegenheit seiner Aeußerungen über die angebliche Verletzung des Briefgeheimnisses ein Brief aus Ratingen vom 4. Januar v. J. vorgelesen, welcher die Beschlagnahme eines im August 1874 in Ratingen zur Post gelieferten Briefes an Wilhelm Jengerly in Düsseldorf zum Gegenstande hatte. In Betreff dieses Briefes ist, wie die vom General-Postamt angefertigten Ermittlungen ergeben haben, f. Z. in vollständig gesetzmäßiger Weise verfahren worden, indem der Untersuchungsrichter die Beschlagnahme des Briefes angeordnet und persönlich ausgeführt hat.

Elbing, 11. Jan. [Der Eisgang auf der Rogai] ist seit gestern in vollem Gange. Der Wasserstand ist ein sehr hoher und das Ueberfluthungswasser steigt.

Aus Mecklenburg, 10. Jan. [Beeinflussung der Wahl-Agitation.] In der neulich in Rostock stattgefundenen Generalversammlung des Landes-Wahlvereins der liberalen Partei wurde zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß einem großherzoglichen Beamten liberaler Richtung die Theilnahme an der Wahlbewegung von der großherzoglichen Kammer unterlag worden sei, weil eine solche politische Thätigkeit mit der Stellung eines Verwaltungsbeamten unvereinbar sei. Mehr als auffallend ist es, daß die großherzogliche Kammer bisher niemals den Beamten Schwierigkeiten in den Weg gelegt hat, welche sich auf „conservativer“ Seite an der Wahlbewegung betheiligten. Werfen wir einen Rückblick auf die bisherigen Reichstagswahlen, so ist eine lange Reihe hoher Beamte zu verzeichnen, welche sich an der Wahlagitation im conservativen Sinne betheiligten, z. B. Kammerdirector v. Müller, Ministerialrath v. Amberg, Geh. Kammerroth Balt, Geh. Kammerath v. Bernstorff, Amtsbergmann Lechler, Oberforstmeister v. Liebeherr, Legationsrath v. Derken, Geheimrer Rath v. Plessen, Kammerdirector Baron v. Mettelblatt u. s. w. Die lange Liste beginnt mit dem früheren Kammerdirector, einer der letzten in derselben ist der jetzige Kammerdirector, der Chef des Kammercollegiums, derjenigen Behörde, welche die Theilnahme an der Wahlbewegung mit der Stellung eines Verwaltungsbeamten unvereinbar findet. Selbstverständlich hat diese Wahlbeeinflussung seitens der Regierung lauten Unwillen hervorgerufen und sollen die liberalen Reichstagsabgeordneten ersucht werden, über diese Handlungsweise im nächsten Reichstage Klage zu führen. In einer unserer kleineren Städte haben Conservative und Social-Demokraten Schritte gethan, die Wahlagitation gemeinsam zu betreiben, und in mehreren Städten ist wegen der bevorstehenden Gerichtsorganisation die Gewinnung eines Stadtgerichts zur Beeinflussung der Wahl von conservativer Seite in Aussicht gestellt, wenn die Bevölkerung recht zahlreich conservativ wählt!

Magdeburg, 11. Jan. [Die Hausfuchungen.] welche am 5. d. Mts. bei verschiedenen katholischen Geistlichen der Diocese Paderborn stattgefunden haben und entweder Nachforschungen nach dem päpstlichen Geheimdelegaten oder nach dem Aufenthalt des ehemaligen Bischofs Dr. Conrad Martin, erleichtern sollten, haben sich auch auf Magdeburg erstreckt. Bei allen Geistlichen der St. Marienkirche sind, dem ultramontanen „Westf. Merkur“ zufolge, derartige Hausfuchungen vorgenommen worden. Wenn derselben Quelle zu trauen ist, wurde nirgends etwas von Belang gefunden.

— ch. **Von der sächsischen Grenze, 11. Jan.** [Die Wahlen. — Berlin-Dresdener Eisenbahn. — Die Wanderlager. — Sächsische Actiengesellschaften. — Bilse's Concert.] Gegenüber der zum ernstesten Nachdenken anregenden Zunahme der socialdemokratischen Stimmen in den preussischen Hauptstädten und einzelnen preussischen Industrieorten ist der Mißerfolg der Socialdemokraten in dem Zittauer Wahlkreise, in dem die beiden liberalen Parteien auf dem Plage gewesen sind, eine lehrreiche Erscheinung. Dort haben die Socialisten nur ungefähr ein Zwölftel der Stimmen erlangt, während Nationalliberale und Fortschrittler, welche sich ziemlich die Waage halten, elf Zwölftel der sämtlichen Stimmen erlangt haben. Dort ist allerdings schon seit Monaten für die Wahlen lebhaft von fortschrittlicher Seite agitiert. — Auch im Baugener Kreise soll die Zahl der socialdemokratischen Stimmen eine verhältnißmäßig nicht bedeutende sein. Dort haben die Gewerbevereine und landwirtschaftlichen Vereine vor einem halben Jahre bereits die Wahlagitation

begonnen. — Bezüglich der Berlin-Dresdener Bahn ist heute das Gerücht verbreitet, daß das preussische Ministerium beschloffen habe, mit der Eisenbahn-Gesellschaft in neue Verhandlungen wegen der Ueberlassung des Betriebs an den preussischen Staat zu treten. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Actionaire auf diesen Vorschlag eingehen, da durch Verkauf der sächsischen Strecke Dresden-Gitterwerda an den sächsischen Staat die finanziellen Verlegenheiten der Gesellschaft ihre Abhilfe finden werden. Daß das Verhalten des preussischen Ministeriums in dieser Frage in Sachsen scharfen Tadel findet, kann nicht Wunder nehmen, da Camphausen's Wort, wonach die preussische Regierung ein Interesse daran hat, vermittelt dieser Bahn in das Herz Sachsens einzudringen, noch unvergessen ist. — Das „Dresd. Journ.“ enthielt dieser Tage eine Zurückweisung der, der alten sächsischen Gewerbeordnung, als dem Vorbilde der Reichsgewerbeordnung gemachten Vorwürfe und betonte u. A. darin, daß die sächsische Gewerbeordnung von 1861 den Gewerbebetrieb im Umherziehen nur innerhalb sehr enger Grenzen gestattet, die Ausübung des Schankgewerbes an wirksame Vorbedingungen geknüpft und Arbeitsbücher für das gewerbliche Hilfspersonal vorgeschrieben habe. Das Regierungsorgan bezeichnet die Bestimmungen der sächsischen Gewerbeordnung als zweckmäßig, es ist somit wahrscheinlich, daß die sächsische Regierung für eine Aenderung der betr. Bestimmungen der deutschen Reichsgesetze eintreten wird. Uebrigens hat sich die sächsische Regierung die durch die Reichsgesetze gegebene Freiheit bezüglich des Gewerbebetriebes im Umherziehen selbst zu Nutze gemacht, indem sie Erzeugnisse der königlichen Porzellanfabrik zu Meissen in verschiedenen Wanderauctionen hat zum Verkauf stellen lassen. — Eine Zusammenstellung der sächsischen Actienunternehmungen in dem Bericht der Zittauer Handelskammer für den Zeitraum von 1871—75 ergibt, daß im Juli 1873 im Königreich Sachsen 269 Actiengesellschaften mit einem Actiencapital von über 225 Millionen im Handelsregister eingetragen waren. Wie viele von den Millionen mögen heute noch übrig sein? — Ueber die Verwendung der von Musikdirector Bilsse dem Albertverein als Erlös aus den in sächsischen Städten zum Besten des Albertvereins veranstalteten Concerten ist kürzlich Anweisung erteilt. Die Königin hat angeordnet, daß die von Herrn Bilsse eingefandten 1800 Mark den Zweigvereinen der kleinen Städte zu überweisen sind, in denen die Bilsse'sche Capelle concertirt hat. Das Ritterkreuz des Albrechtsordens würde der König dem Musikdirector faum erteilt haben, wenn damals schon bekannt gewesen wäre, wie kostspielig die Bilsse'sche Capelle zu unterhalten ist und wie wenig für den Albert-Verein übrig bleiben würde, dessen Firma nicht wenig zur Füllung der Bilsse'schen Concerte beigetragen hat.

Schweiz.

Zürich, 9. Jan. [Niederlassungsvertrag mit Deutschland. — Zur Genfer Convention. — Vertrag mit Rumänien. — Zur Pariser Weltausstellung. — Betrug mit Postmarken. — Gegen die Auswanderungsagentur Christ-Simmener. — Italienische Arbeiter. — Wahlen in Tessin. — Zur Gesetzgebung in Solothurn. — Gegen den Impfwang in Zürich. — Wohlthätigkeit. — Clericales. — Zur Bitterung.] Der neue Niederlassungsvertrag der Schweiz mit Deutschland ist mit Neujahr in Kraft erwachsen; er wird wesentlich helfen, die natürliche Freundschaft beider Länder noch enger zu knüpfen. — Auf die Anfrage des Bundesraths bei den zur Genfer Convention gehörigen Staaten, betreffend den Wunsch der Türkei, statt des rothen Kreuzes im weissen Felde den rothen Halbmond führen zu dürfen, haben erst England und das civilisationsdurstige Montenegro, und zwar zustimmend geantwortet; Montenegro hofft aber dabei, daß die Herren Türken die Convention besser als früher ausführen. — Mit Rumänien hat die Schweiz einen Vertrag abgeschlossen über Behandlung der gegenseitigen Erzeugnisse auf dem Fuß der meistbegünstigten Nationen. — Wegen der drohenden Zollerhöhungen in Frankreich steht hier die Luft, sich an der Pariser Ausstellung zu betheiligen, noch ziemlich auf dem Gefrierpunkt. Wenn die Spinner und Weber sich schmeicheln, für die Zusage ihrer Betheiligung anständige Zollsätze zu erlangen, so machen sie entschieden ihre Rechnung ohne den schützlosen Wirth. — Das Postdepartement schreitet gegen den nicht mehr ungewöhnlichen gemeinen Kniff ein, die Marken mit Gummi zu bestreichen und sie nach Abwaschung des Poststempels wieder zu gebrauchen. — Der Bundesrath warnt wiederholt vor der Auswanderungs-Agentur Christ-Simmener in Genf, indem er Beispiele von der betrügerischen Gewissenlosigkeit derselben veröffentlicht. — Italienische Blätter erhoben zur Zeit ein gewaltiges Geschrei voll sittlicher Entrüstung, als die Rebellion ihrer werthen Landsleute am Gotthardtunnel mit Waffengewalt gedämpft werden mußte. Daß aber die Italiener noch immer schwach von Cultur belebte Naturburschen sind, geht daraus hervor, daß nach amtlichen Berichten während des vorigen Jahres in der Schweiz sehr viele derselben gerichtlich verurtheilt und ein paar Hundert wegen aller möglichen Verbrechen und Vergehen steckbrieflich verfolgt wurden. — Die Wahlen des neuen Großen Raths in Tessin sollen am 21. vor sich gehen, diesmal mit Hilfe des Bundes hoffentlich ohne Mord und Todtschlag. — Bei einer Betheiligung von 9—10,000 Mann hat am Sonntag das Solothurner Volk fünf Gesetze wie junge Ragen abgethan. Es ist einmal jetzt Brauch in der Schweiz, daß die Landeskinder zerstören, was die Landesväter arbeiten. Wenn Mirabeau sagte: „die Völker leben trotz der Regierungen“, so heißt es hier in den meisten Kantonen umgekehrt: „Die Regierungen leben trotz der Völker.“ Sie müssen sich halt durchschlagen, so gut es geht. — Die Regierung von Zürich hat das Verlangen einer Anzahl Querstrohköpfe, die Schädlichkeit des Impfens von einer gemischten Commission erhärten zu lassen, rund abgewiesen. — Die Vergabungen für wohlthätige Zwecke während des vorigen Jahres betrugen im Canton St. Gallen etwas über 95,000, in Basel allein mehr als 313,000 Fr. — Jetzt zum geistlichen Kapitel. Ein thurgauischer Pfaffe riß das Kreuz vom Grabe eines Selbstmörders heraus und weichte sämtliche andere Gräber von neuem ein. Ein anderer verweigerte einem bürgerlich Getrauten die kirchliche Trauung, weil dessen geschiedene Frau noch lebe; die Beschwerde darüber wies die thurgauische Regierung ab, weil die Bundesverfassung den Zwang zu religiösen Handlungen verbietet und die bürgerliche Trauung ja genügt. Diesmal hat ausnahmsweise der Pfaffe Recht. — Ein St. Gallischer Pfarrer, welcher eine Cheverklündigung vornahm, ohne sich um den Civilstandsbeamten zu kümmern, hat gerichtlich eine Buße von 100 Fr. einkassirt. — Wie gut sich die römische Kirche auf Arithmetik und Zinsrechnung versteht! Bischof Greith von St. Gallen ladet in seiner „Nischweiz“ zu Zeichnungen für eine katholische Waisen-Anstalt im Toggenburg ein: „Mit Gründung dieser Anstalt wird für die mildthätigen Christen ein wahrhaft solides Leihhaus eröffnet, das ihnen die reichsten Zinsen für Zeit und Ewigkeit bringt. An der Spitze der Unternehmung steht Christus unser Herr, der göttliche Kinderfreund: an ihn gehen Einlagen und Gaben, für den zeitlichen Gewinn steht mit dem reichsten Segen an Gut und Glück Derjenige ein, dem die Erde und all' ihre Fülle zugehört, und den ewigen Lohn hat Er, dessen Treue nicht gebricht, allen verheißen, die hier auf Erden in den Kindern, Kranken, Betrübten ihn

selber aufgesonnen, heimgesucht und getröstet haben. Wer also auf sicheres Unterpfand, genaue Zinsleistung sein zeitliches Gut anlegen will, lasse die genannte Waisen-Anstalt im Toggenburg sich empfehlen sein.“ Dazu macht die „St. Gall. Ztg.“ folgende Bemerkungen: „Wer also seine paar Bagen oder Fränklein an diese Anstalt giebt, dem werden vom Bischof die fettesten Dividenden mit genauester Zinsleistung schwarz auf weiß förmlich garantirt, ganz abgesehen vom ewigen Lohn im Himmel, der in diesem Gründeraufzug eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle spielt. Und das ist derselbe Herr Bischof, welcher dem Ergänzungs-Schulbuch „materialistische Weltanschauung“ vorgeworfen hat! Giebt's einen ärgeren Materialismus als derjenige, welcher hier gepredigt wird? In der Landschaft Toggenburg gehen die Gemeinden mit dem Gedanken um, sich zur Errichtung gehöriger Armenhäuser und separirter Waisen-Anstalten zu vereinigen, und da wäre natürlich die „Religion“ wieder in Gefahr; darum müssen vorher noch katholische Waisen-Anstalten gegründet werden und drum wird auch neue gepredigt: wenn das Geld im Kasten klingt, die Seele aus dem Fegfeuer springt.“ — Auch hier zu Lande haben wir seit Wochen schon vollen Frühling mit Feldblumen und obligaten Maikäsern, die man gewissenhaft einer verehrlichen Redaction einliefert.

Frankreich.

© Paris, 9. Jan., Abends. [Parlamentarisches. — Zur Presse. — General Ducrot. — Tschernajeff.] Die Session ist heute in größter Ruhe eröffnet worden. Viele Senatoren und Deputirte sind noch nicht aus der Provinz zurückgekehrt. Der Senat blieb nur wenige Minuten versammelt und vertagte die Präsidentenwahl auf morgen; in der Kammer wurde, wie das nicht anders zu erwarten stand, Jules Grévy abermals zum Präsidenten gewählt. — Jules Simon hat definitiv auf die Leitung des „Siecle“ verzichtet, der Director dieses Blattes ist jetzt der Senator Magnin; statt des zum Director des Preßbureaus ernannten Massicault ist der Deputirte H. Brisson in die Redaction des „Siecle“ eingetreten. — Man liest heute im „Petit Yponnais“: Mit dem General Ducrot ist sehr schwer auszukommen; es ist daher den Offizieren nicht darum zu thun, unter seinem Befehle zu dienen, und es herrscht nur wenig Zudrang zu dem 8. Corps. Hier eine neue Probe von dem Verfahren des Generals: Man commentirt lebhaft die rasch auf einander folgende Versetzung zweier Generale, welche an der Spitze der 16. Infanterie-Division zu Bourges standen. Innerhalb sechs Wochen hat diese Division drei Befehlshaber gehabt, den General de Reblades, den General Archinard, den General Arnaudeau. Es ist leicht zu begreifen, wie sehr ein solches chassé-croisé ein Armecorps desorganisiert, das sich schon bei den Manövern von 1876 wenig ausgezeichnet hatte. Eine solche Situation sollte der Regierung zu denken geben. — Der General Tschernajeff ist, wie es heißt, mit seiner Familie in Nizza angekommen.

© Paris, 10. Jan. [Aus dem Senat und der Deputirten-Kammer. — Unterpräfectenschub. — Zur Amnestie. — Der Todestag Napoleons III.] In der gestrigen Senatssession war bloß die kurze Begrüßungsrede des Alterspräsidenten Gaulthier de Rumilly bemerkenswerth. Dieser hochbetagte aber noch sehr ruhige Senator richtete einige verständige Worte an die Versammlung, die nicht auf allen Bänken eine gleich freundliche Aufnahme fanden. Er ermahnte zu einer Politik der Versöhnlichkeit und Mäßigung. In meinem langen parlamentarischen Leben, sagte er unter Anderem, habe ich alle Regierungen stürzen sehen, die sich nicht um die öffentliche Meinung bekümmerten oder die ihr entgegen arbeiteten; auf der anderen Seite habe ich gesehen, daß die großen Versammlungen, welche ihre Beschlüsse den Wünschen des Landes anpaßten, stets an Einfluß und Credit gewannen. Diese Lehre der zeitgenössischen Geschichte darf für uns nicht verloren sein. Bei der ersten Anwendung einer neuen Verfassung ist ein gewisses Umhertasten natürlich, aber die Eintracht zwischen den öffentlichen Gewalten wird durch den allseitigen Wunsch der Beschwichtigung und die Vaterlandsliebe herbeigeführt werden. Jede dieser Staatsgewalten wird den Umfang ihrer Rechte erkennen, die Conflictte vermeiden und wird vermeiden, den Gegnern des Zweikammersystems ein Argument zu liefern. Der Marschall Mac Mahon, der verfassungsmäßige Präsident der Republik, hat ein edles Beispiel gegeben; er zeigte sich von den Grundätzen des parlamentarischen Regiments durchdrungen und wählte ein Ministerium, welches die Gesinnungen des Landes ausdrückt. Das Ministerium, mit dem Präsidenten der Republik einverstanden, bekundet seine Absichten durch ein Programm, welches gewissenhaft ausgeführt werden wird. Wir alle, die wir unsere constitutionellen Einrichtungen erhalten wollen, streben wir nach einer Vereinigung aller lebendigen Kräfte der Staatsgewalten, die einander wechselseitige Unterstützung schuldig sind. So der Alterspräsident; bei der Anspielung auf den Conflict der letzten Session gab die Rechte ihr Mißfallen zu erkennen. Da viele Senatoren fehlten, wurde die Wahl des Vorstandes auf heute verschoben. Ein Theil der clerico-monarchisch-bonapartistischen Partei denkt noch daran, Pouyer-Quertier dem Duc d'Audiffret-Pasquier als Candidaten gegenüberzustellen, aber die Wahl des letzteren ist gesichert. Einigermassen zweifelhaft bleibt nur der Ausgang der Wahl eines Vicepräsidenten an Stelle des ins Cabinet getretenen Martel. In der Deputirtenkammer, die ebenfalls schwach besetzt war, wurde der ganze Vorstand der vorigen Session ohne jede Schwierigkeit wiedergewählt: Jules Grévy als Präsident mit 326 (von 340) Stimmen, Lepère, Rameau, Bethmont, Drafort de Cieras als Vicepräsidenten. Unter diesen vier erhielt Lepère, welcher bekanntlich gleichfalls Präsident der äußersten Linken ist, die meisten Stimmen, nämlich 254. Die „Republique Francaise“ feiert dieses Wahlergebnis als einen Beweis dafür, daß das alte Bündniß der drei republikanischen Gruppen ungeschwächt fortbesteht und daß von einer Sprengung der Mehrheit nicht die Rede sein könne. „Wir wissen übrigens“, fügt sie hinzu, „daß das Ministerium Alles, was am gestrigen Tage geschehen ist, mit Vergnügen gesehen hat. Diejenigen, welche ihm die Absicht zuschrieben, eine neue Mehrheit zu schaffen, die alte Politik der Verschmelzung der Centren zu erneuern, die 350 republikanischen Stimmen zu zerplündern, müssen erkennen, daß sie den Conseilpräsidenten und seine Kollegen verleumdet haben. Die Deputirtenkammer hat am 9. Januar 1877 genau den Vorstand wiedergewählt, den sie im März 1876 wählte, und alle Welt war so verständig zu erkennen, daß es so am besten sei.“ — Wenn man dem „Moniteur“ glaubt, so wird der jüngste Präfectenschub, der von den republikanischen Blättern nur als eine Einleitung zu größeren Veränderungen im Präfectenpersonal behandelt wurde, keine Fortsetzung erhalten. Jules Simon wäre der Meinung, daß er genug gethan, um die im Amte bleibenden Präfecten einzuschüchtern und zur Ordnung zu rufen, dagegen soll der in Vorbereitung begriffene Unterpräfectenschub sehr umfassend werden. Der „Moniteur“ könnte um so mehr Recht behalten, da die Senatoren und Deputirten gestern von der Maßregel, welche Jules Simon getroffen, befriedigt schienen. Im Allgemeinen sind die republikanischen Deputirten nicht eben in sehr streitsüchtiger Laune aus den Ferien zurückgekehrt. Man spricht nur von einigen Interpellationen, welche der Regierung nicht viele Sorge bereiten können. So wollen mehrere Clericale den Justizminister oder vielmehr seinen Unter-

Staatssecretär Méline darüber zur Rede stellen, daß der bonapartistische Generaladvocat von Besançon, Baillent, abgesetzt worden, und andererseits beschwerten die Vertreter des Doubs-Departements sich darüber, daß dieser Herr Baillent in dem neuen Generaladvocaten Senart einen zu clericalen Nachfolger erhalten hat. Die äußerste Fraktion der republikanischen Partei beabsichtigt, wie man schon weiß, einen abermaligen Amnestie-Antrag einbringen; aber vorher will sie eine Interpellation über die Behandlung der Deportirten in Caledonien und über die Anwendung der Begnadigungen an die Regierung richten. Beim Conseilpräsidenten im Ministerium des Innern fand gestern Abend der zweite Empfang statt. Die Salons waren wieder überfüllt und unter anderen Landesvertretern der Linken bemerkte man eine große Zahl von Vertretern der republikanischen Presse. Auch hier wurde die innere politische Lage im Ganzen als eine günstige beurtheilt. Die Bonapartisten, die seit einiger Zeit sehr vernachlässigt werden, hatten gestern eine Gelegenheit, die Aufmerksamkeit vorübergehend auf sich zu lenken. Es war der Todestag Napoleons III. und das Andenken des verstorbenen Kaisers wird in den Blättern der Partei in pomphaften Leitartikeln gefeiert. Das „Pays“ zeichnete sich dadurch aus, daß es mit einem schwarzen Rande erschien. In mehreren Provinzialstädten sind Seelenmessen für Napoleon III. gelesen worden und es scheint überall sehr ruhig dabei hergegangen zu sein. In Paris werden diese Messen eine ganze Woche hindurch in verschiedenen Kirchen abwechselnd gelesen. Diese Einrichtung ermöglicht es dem imperialistischen Götze, sich der Reihe nach in allen Stadtvierteln zu zeigen. Die Demonstration hat freilich wenig Erfolg. In der St. Augustin-Kirche, welche bisher als Hauptschauplatz für bonapartistische Kundgebungen diente, ist der Partei von Ghiselhurst gestern eine arge Schmach angethan worden. Man verweigerte dort die verlangte Messe „wegen dringender Cultusbedürfnisse“. Paul de Cassagnac und Genossen mußten sich einen acht-tägigen Aufschub gefallen lassen.

Paris, 9. Jan. [Parlamentarisches und Ministerielles.] Thiers, Gambetta und Emil Girardin, schreibt man der „R. Z.“, sind darüber einig, daß die Republikaner bis 1880 laiviren und durch Geduld und Duldsamkeit die Auflösung der Deputirtenkammer, auf welche die Orleanisten mit den Ultramontanen hinarbeiten, unmöglich machen müssen. Nur über die Person, welche bis dahin das Cabinet führen soll, ist Thiers mit Gambetta und Girardin nicht einig: Thiers ist sehr zufrieden mit Simon, Gambetta entschlossen, ihm nichts zu schenken und nichts nachzusehen. Und eben deshalb wird von Thiers und Simon wie von Say Mles aufgegeben, daß Gambetta nicht wieder Vorsitzender im Budgetausschusse wird. Gambetta, so giebt heute der „Moniteur“ zu verstehen, ist über den Kammerbeschluss vom 30. Dec. erbittert, er wird die verlorenen Stellungen wieder einnehmen und dem Budgetausschusse die Ueberlieferungen seines Vorgängers von 1876 auftragen. Say beifallt sich, die Budgetvorlage fertig zu stellen, während der Eindruck der Decemberniederlage der Deputirtenkammer noch frisch ist. Die „Republique Francaise“ macht dagegen heute den Deputirten bemerklich, sie hätten an Volksthumlichkeit nicht viel einzubüßen und möchten sich daher vor Nichtsthum und unzeitiger Nachsicht hüten.

[Zu Art. 8 des Gesetzes über die Organisation des Senates.] In Abgeordnetenkreisen circulirt der Vorschlag, man solle den Präsidenten der Republik ersuchen, daß er eine Congregsession zur Revision des Art. 8 des Gesetzes über die Organisation des Senates einberufe. Der Artikel ist derjenige, welcher auf die Competenz des Senates in Budgetfragen Bezug hat. Der Gedanke geht nicht von Radicalen, sondern von Leuten aus, welche den Art. 8 etwa so auslegen, wie er bei der jüngsten Gelegenheit praktisch gedeutet worden ist. Sie sagen, man würde jetzt in Ruhe und ohne durch concrete Streitfragen gereizt zu sein, die formelle Competenzfrage erledigen und damit den jetzt nur verlagten Conflict zu Ende bringen. Die Idee ist zu vernünftig, als daß ihre Annahme wahrscheinlich wäre.

Großbritannien.

London, 9. Jan. [Briefwechsel zwischen dem Herzoge von Westminster und Sir G. Bowyer.] Die heutigen Blätter — schreibt man der „R. Ztg.“ — veröffentlichen einen Briefwechsel zwischen dem Herzog von Westminster und dem bekannten katholischen Parlaments-Mitgliede Sir G. Bowyer. Als Vorsitzender bei einem der letzten Entrüstungs-Meetings in der St. James Hall äußerte der Herzog: die türkische Staatsverwaltung sei die aller schlechteste mit Ausnahme der weiland päpstlichen. Das ist dem Sir George nahe ans Herz gegangen und er suchte den Herzog zur Zurücknahme des Ausdruckes zu bewegen. Er bezieht sich dabei auf eine der päpstlichen Regierung beifällige Kritik Gladstone's, so wie auf ein Lob, welches der Vicekanzler Wood der päpstlichen Advocatur spendet hat. Trotz dieser Einwände und trotz aller Verdammtung seines Correspondenten erklärt sich der Herzog von Westminster genöthigt, der Wahrheit die Ehre zu geben und bei seiner ersten Behauptung stehen zu bleiben. Dabei will er keiner Person nahe treten, sondern nur ein Regierungssystem brandmarken.

Provinzial-Beitung.

8 Breslau, 11. Jan. [Schwurgericht. — Zwei Anklagen wegen wissenschaftlichem Meineid.] Heute verhandelte das Schwurgericht zunächst gegen den Schubmann Julius Wittig aus Breslau. Die Anklage lautet auf „wissenschaftlichen Meineid und in Ausübung des Amtes begangene vorläufige Körperverletzung.“ Am 18. November 1874 beabsichtigte der Angeklagte den Omnibusbesitzer Gottlieb Blasel vor dem Hause Rothenhalerstraße Nr. 3 zu verhaften, weil derselbe sich einer Verleumdung des Schubmanns schuldig gemacht haben sollte. Wittig hatte nämlich den um 12¼ Uhr Mittags noch auf dem Sonnenplatze stehenden Heuwagen des Bauergutsbesizers Kupke fortgewiesen und war genöthigt, den Eigentümer behufs Anzeige zu notiren, weil das vorchriftsmäßige Schild am Wagen fehlte. Nur der 11jährige Sohn des Kupke befand sich bei dem Wagen und fuhr derselbe auf Anweisung des Schubmanns nach Rothenhalerstraße 3, um sich daselbst legitimiren zu lassen. Hier soll, wie der Angeklagte behauptet, Blasel an ihn herangetreten sein und mit dem Ausruf: „Hier, Sie verfl. A. — ist Kupke's Heu“ ihm eine Handvoll Heu unter die Nase gehalten haben. Die Anklage bemerkt, daß zwischen Wittig und Blasel schon früher wiederholt Differenzen bestanden haben müssen, denn Wittig wurde im Jahre 1873 wegen Verleumdung des Blasel zu 3 Mark Geldstrafe verurtheilt, andererseits war Wittig mehreremale genöthigt, amtlich gegen den Blasel einzuschreiten und ist diesem schließlich wegen Trunkenheit der Fahrtschein entzogen worden. Als Wittig am oben gedachten Tage den Blasel verhaften wollte, hielt sich jener am Heuwagen fest und wurde erst durch verbeigeholte Militär-Patrouille nach dem Polizei-Gefängniß gebracht. Bl. wegen öffentlicher Verleumdung des W. und Widerstand gegen die Staatsgewalt angeklagt, wurde in dem am 2. Februar 1875 vor der I. Criminal-Deputation anhängenden Audienz-Termin freigesprochen, weil die Verleumdung sich nur auf das Zeugniß des W. gründete und das Gerichts-Collegium annahm, daß eine Behauptung des W. selbst bei Vorhandensein der Verleumdung schon um deswillen nicht nothwendig war, weil W. den Bl. genau kannte; es hätte sich demnach W. nicht in rechtmäßiger Ausübung des Amtes befunden und war also § 13 des Strafgesetzes nicht verletzt. Bl. hatte in jener Verhandlung den Einwand erhoben, „er sei wiederholt von W. geschlagen worden“, eine Angabe, welche durch drei Zeugen bestätigt wurde. Dem entgegen befandete W. amtseidlich, den Bl. nicht geschlagen zu haben. Gestügt auf jene 3 Zeugen und ein beigebrachtes Alet des Hrn. Dr. Driefen, wonach Bl. nach dem Vorfall vom 18. Nov. 1874 ein geschwollenes Auge, Schantabschürfungen im Gesicht und Beulen auf dem Kopfe hatte, denüncierte Bl. den W. und erhob die Staatsanwaltschaft die Anklage.

Fonds- und Geld-Course.				Wechsel-Course.			
Consolidirte Anl. d. d. 1876	4 1/2	104,10 bz		Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	169,40 bz
Staats-Anleihe	4	95,10 bz		do.	2 M.	3	168,65 bz
Staats-Schuldscheine	3 3/4	92,30 bz		London 1 Lstr.	3 M.	2	20,33 bz
Präm.-Anleihe v. 1885	3 3/4	130,50 bzG		Paris 100 Frs.	8 T.	3	81,15 bz
Berliner Stadt-Obli.	4 1/2	102,10 bzG		Petersburg 1608 R.	3 M.	6	245,00 bz
Berliner	4 1/2	101,70 bzG		Warschau 1000 R.	8 T.	6	245,00 bz
Pommersche	3 3/4	83 bz		Wien 100 Fl.	8 T.	4 1/2	162 bz
do.	4 1/2	94,40 G		do. do.	2 M.	4 1/2	161,75 bz
do.	4 1/2	101,70 bz					
do. Ländsch. Crd.	4	—					
Pommersche neue	4	94,50 B					
Schlesische	3 3/4	85 G					
Landschaftl. Central	4	93,10 bz					
Kur- u. Neumärk.	4	95 bz					
Pommersche	4	95 bz					
Pommersche	4	95 G					
Preussische	4	95 B					
Westfal. u. Rhein.	4	98 B					
Sächsische	4	95,20 bz					
Schlesische	4	120 bzG					
Badische Präm. Anl.	4	123,50 bzG					
Österr. 4% Anleihe	3 3/4	108 bzG					
Österr.-Münd. Präm. ansch.	3 3/4	70,90 B					
Sächs. Rente von 1876	3	—					
Kurb. 40 Thaler-Loose	245,90 bz						
Badische 35 Fl.-Loose	138 bz						
Braunschw. Präm.-Anleihe	94,99 bzG						
Oldenburger Loose	134,50 bz						
Ducaten 9,64 etbz	—						
Sover. 20,34 bz	—						
Napoleons 16,25 bz	—						
Imperial 16,75 bz	—						
Dollars 4,18 G	—						
Hypotheken-Certificates.				Eisenbahn-Stamm-Actien.			
Krupp'sche Partial-Obli.	5	103,25 bzG		Divid. pro 1876	Zf.	—	20,30 bzG
Unknb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4 1/2	99,25 bzG		Aachen-Mastricht.	1	—	—
do. do. do.	5	109,75 bzG		Berg.-Märkische.	4	—	80,25 bz
Deutsche Hyp.-B. Pfd.	4 1/2	95,75 bzG		Berlin-Anhalt.	2 1/2	—	104,75 bzG
do. do. do.	5	101 bzG		Berlin-Dresden.	8	0	12,75 bzG
Wand. Cent.-Bod.-Cr.	4 1/2	100,25 bz		Berlin-Görlitz.	2 1/2	0	28 bzG
Unknb. do. (1872)	5	100,99 bz		Berlin-Hamburg.	10	—	169,00 B
do. rückbz. a 110	5	106 bzG		Berl. Nordbahn.	—	fr.	—
do. do. do.	4 1/2	98,40 bzG		Berl.-Potsd.-Magb.	3	—	78,50 bzG
Enk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	—		Berlin-Stettin.	6 1/2	—	118,96 bzG
do. III. Em. do.	5	102,60 bzG		Böhm. Westbahn.	5	—	67,25 G
Künab. Hyp. Schuld. do.	5	100 G		Breslau-Freib.	5 1/2	—	69,50 bz
Hyp.-Anth. Nord. G.-C-B	5	101 bzG		Cöln-Minden.	4 1/2	—	161 bzG
do. do. Pfandbr.	5	105,50 G		do. Lit. B.	5	—	—
Pomm. Hyp.-Brieft.	5	101,25 bzG		Cuxhaven. Eisenb.	0	0	6
do. do. II. Em.	5	108 bz		Dux-Bodenbach B.	9	0	6,20 bzG
Goth. Präm. Pf. I. Em.	5	107 bz		Gal. Carl-Ludw.-B.	6	—	81,75-82,75 bz
do. 5% Pfd. rückz. m. 110	5	101,25 bz		Halle-Sorau-Gub.	0	0	—
do. 4% do. do. m. 110	4 1/2	96,25 G		Hannover-Altenb.	0	0	—
Meininger Präm.-Pfd.	4	102,90 bz		Kronpr.-Rudolfsh.	4 1/2	5	39,40 bzG
Oest. Silberpfandbr.	5 1/2	33,70 bz		Ludwigsh.-Bexb.	9	—	176,60 bz
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	30 G		Märk.-Posener . . .	0	0	17,60 bzG
Pfdbr. d. Oest. Bd.-Cr. Ge.	5	84,75 G		Magdeb.-Halberst.	6	—	105,50 bzG

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 11. Jan., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schluß-course.] Londoner Wechsel 204, 20. Pariser Wechsel 81, 17. Wiener Wechsel 161, 93. Böhmische Westbahn 136½. Elisabethbahn 110½. Galizier 165½. Franzosen*) 200½. Lombarden*) 61½. Nordwestbahn 96½. Silberrente 54½. Papierrente 49½. Russische Bodencredit 78½. Russen 1872 83½. Amerikaner 1885 101½. 1860er Loose 97½. 1864er Loose 244, 00. Creditactien**) 115½. Oesterreichische Nationalbank 654, 00. Darmst. Bank 99½. Berliner Bankverein 88½. Frankfurter Wechselbank —. Oesterr.-deutsche Bank —. Meiningen Bank 67½. Hessische Ludwigsbahn 96. Oberhessen —. Ungarische Staatsloose 130, 50. do. Schatzanweisungen alte 79½. do. Schatzanweisungen neue 77½. do. Ostbahn-Obligationen 11, 55. Central-Pacific 98½. Reichsbank 154. Silbercoupons —. Goldrente 59½.

*) per medio resp. per ultimo.

Belebt und sehr fest. Renten und Loose steigend. Bayerische Loose 123½. Nach Schluß der Börse: Creditactien 115½, Franzosen 200½, 1860er Loose —, Galizier 165½, Lombarden —, Silberrente —. Goldrente 60½.

Hamburg, 11. Jan., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburg. St.-Pr.-Act. 115½, Silberrente 54½, Goldrente —, Credit-Actien 114½, 1860er Loose 97½, Franzosen 500½, Lombarden 155, Ital. Rente 71½, Vereinsbank 117, Laurahütte 70½, Commerzbank 100, Norddeutsche 124½, Anglo-deutsche 43, Internationale Bank 84½, Amerikaner de 1885 96½, Köln-Minden. St.-A. 101, Rhein-Eisenbahn do. 110½, Bergisch-Märk. do. 80½. Disconto 2½ pCt. Sehr fest.

Hamburg, 11. Jan., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco still, auf Termine ruhig. Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen pr. April-Mai 226 Br., 225 Gd., pr. Mai-Juni per 1000 Kilo 228 Br., 227 Gd. — Roggen pr. April-Mai pr. 166 Br., 165 Gd., pr. Mai-Juni per 1000 Kilo 167 Br., 166 Gd. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl ruhig, loco 79, pr. Mai pr. 200 Rbd. 78. — Spiritus fest, pr. Januar-Februar 44½, pr. Februar-März 44½, pr. April-Mai 45, pr. Mai-Juni pr. 100 Liter 100½ 45½. Kaffee sehr fest, Umfatz 2000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 21, 50 Br., 20, 50 Gd., pr. Januar 20, 75 Gd., pr. Februar-März 19, 25 Gd. — Wetter: Dampfnöe.

Liverpool, 11. Jan., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umfatz 10,000 Ballen. Ruhig. Tagesimport 1000 Ballen Santos.

Liverpool, 11. Januar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umfatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Williger.

Middl. Orleans 7½, middl. fair Orleans —, middl. amerikanische 7, fair Dholerah 5½, middl. fair Dholerah 5½, good middl. fair Dholerah —, good middl. Dholerah 5½, middl. Dholerah 5½, fair Bengal 5, good fair Broach —, new fair Domra 5½, good fair Domra 6, fair Madras 5½, fair Pernam 7½, fair Smyrna 5½, fair Egyptian 7, good fair Egyptian —.

Petersburg, 11. Jan., Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel London 3 Monate 29½, do. Hamburg 3 Monate 251, do. Amsterdam 3 Mt. —, do. Paris 3 Mt. 310½, 1864er Prämien-Anleihe (gestift.) 193½, 1866er Prämien-Anl. (gestift.) 186½, ½-Imperial 6, 67. Große russische Eisenbahn 168½. Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 102½. Privatbisc. 9½. — Petersburg, 11. Jan., Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Aal loco 48, 50. Weizen loco 11, 00. Roggen loco 7, 25. Hafer loco —. Hanf loco —. Leinsaat (9 Rbd) loco 12, 75. — Wetter: 10 Grad Kälte.

Paris, 11. Jan., Mittags. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Januar pr. 100 Kilogr. 77, 00, Nr. 7/9 pr. Jan. pr. 100 Kilogr. 82, 50. Weißer Zucker weichend, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Januar 86, 50, pr. Februar 86, 75, pr. Januar-April 87, 25, pr. März-Juni —.

London, 11. Januar. Sabannazucker flau.

Antwerpen, 11. Jan., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen vernachlässigt. Hafer matt. Gerste weichend.

Antwerpen, 11. Jan., Nachmittags. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 50 bez. und Br., pr. Januar 50 bez. und Br., pr. Februar 50 Br., pr. März 49 Br., pr. April 49 Br. Matt.

Bremen, 11. Jan., Nachmittags. [Petroleum] fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 20, 75, pr. Januar 20, 75, pr. Februar 20, 75, pr. März —.

Berlin, 11. Jan. [Producten-Bericht.] Der Verkehr in Roggen war heute auf ein Minimum beschränkt. Angebot auf Termine begegnete man fast gar nicht, es war jedoch unschwer erkennbar daß Neigung zum Kaufen vorhanden gewesen ist. Von diesem Gesichtspunkt aus darf die Haltung fest genannt werden. Loco Mangels Auswahl geringer Umfatz. — Roggenmehl still. — Weizen nahezu geschäftlos. Preise kaum verändert. — Hafer loco in tragem Verkehr. Termine still, aber fest. — Rüböl ist ziemlich reger begehrt und neuerdings besser bezahlt worden. — Petroleum matt eröffnend, erlangte später feste Haltung. Spiritus ziemlich lebhaft und recht fest, aber zum Schluß eher matt.

Weizen loco 195—240 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, weißer bunter polnischer — Mk. ab Bahn bez., pr. April-Mai 225½—226 Mark bezahl., pr. Mai-Juni 227 Mark bezahl., Gefühnigt 1000 Centner. Rübdiagnungspreis 220 Mark. — Roggen loco 160—186 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 160—163 Mark ab Boden bez., neuer russischer 165—169 Mark bezahl., neuer polnischer — Mark bezahl., inländischer 176—186 Mark ab Bahn bez., pr. Januar 163—162½ Mark bez., pr. Januar-Februar 163—162½ Mk. bez., pr. Februar-März — Mk. bez., pr. Frühjahr 165—165½—165 Mark bezahl., pr. Mai-Juni 163 Mark bezahl., Gefühnigt 1000 Centner. Rübdiagnungspreis 163 Mark. — Hafer loco 125—168 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreussischer 140—160 Mark bez., russischer 135—153 Mark bez., pommerischer 163—165 Mark bez., schlesischer 155—164 Mk. bez., galizischer — Mk. bez.

bünzischer 157—165 Mark bez., ungariſcher 140—145 Mark bez., defecter
 ruſſiſcher — Markt ab Bahn bez., per Frühjahr — Markt bez., per Mai-
 Juni — Markt bez. Gefündigt — Centner. Kündigungſpreis — Markt. —
 Erbſen: Kochwaare 156—190 Markt, Futterwaare 140—155 Markt. —
 Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unverfeuert incl. Sad Nr. 0: 29,50—27,50
 Markt, Nr. 0 und 1: 27,50 bis 26,50 Markt bezahlt. — Roggenmehl per
 100 Kilo Br. unverfeuert incl. Sad Nr. 0: 25,50 bis 23,50 Markt bezahlt,
 Nr. 0 und 1: 23,00—22,00 Markt. — Roggenmehl per 100 Kilo Br.
 Nr. 0 und 1: incl. Sad per Januar 23,05 Markt bezahlt, per Januar-
 Februar 23,05 Markt bezahlt, per Februar-März 23,15 Markt bezahlt, per
 März-April 23,20 Markt bezahlt, per April-Mai 23,25 Markt bezahlt, per
 Mai-Juni 23,25 Markt bezahlt, per Juni-Juli — Markt bezahlt. Ge-
 fündigt — Centner. Kündigungſpreis — Markt. — Häbel pro 100 Kilo
 loco ohne Faß 75 Markt bezahlt, mit Faß — Markt bezahlt, per Januar
 76,5 Markt bezahlt, per Januar-Februar — Markt bezahlt, per April-Mai
 78,3—79—78,7 Markt bez., per Mai-Juni 77,5—78 Markt bez., per Auguſt-
 September — Markt bez., per September-October 72,2—7 Markt bez. Ge-
 fündigt — Centner. Kündigungſpreis — Markt. — Petroleum loco per
 100 Kilo incl. Faß 46 Markt bez., per Januar 42—41,5 Markt bez., per
 Januar-Februar 38—39,3—39 Markt bez., per Februar-März 36,5—36 Mk.
 bez., per März-April — Mk. bez., per April-Mai — Mk. bez. Gefündigt
 — Bar. — Kündigungſpreis — Mk.
 Spiritus loco „ohne Faß“ 55,8 Mk. bez., per Januar 56,4—6 Mk. bez.
 per Januar-Februar — Markt bez., per April-Mai 58,6—9—7 Markt bez.
 per Mai-Juni 58,8—59,1—58,9 Markt bez., per Juni-Juli 59,8—60,1—59,
 Markt bezahlt, per Juli-Auguſt 60,8—61,1—60,9 Markt bezahlt, per Auguſt-
 September 61,4—7 Markt bez. Gefündigt 50,00 Liter. Kündigungſpreis
 56,5 Markt.

Breslau, 12. Jan., 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen
 Markte war für Getreide ruhig, bei ſchwachen Zufuhren und unveränderten
 Preiſen.
 Weizen, zu notirten Preiſen gut verkäuflich, per 100 Kilogr. ſchleiſiſcher
 weißer 17 bis 19,20—21,40 Markt, gelber 17,40—19,00—20,80 Markt, feinſte
 Sorte über Notiz bezahlt.
 Roggen, feine Qualitäten gut gefragt, per 100 Kilogr. neuer 15,60 bis
 17,30 bis 18,00 Markt, feinſte Sorte über Notiz bezahlt.
 Erſte ſchwache Kaufluſt, per 100 Kilogr. neue 13,60 bis 14,80 Markt,
 weiße 15,20—15,80 Markt.
 Hafer in maffer Haltung, per 100 Kilogr. neuer 13,50—14,60—15,50
 Markt.
 Mais nur trockene Qualitäten verkäuflich, per 100 Kilogr. 11,50 bis
 12,50—13,70 Markt.
 Erbſen in gedrückter Stimmung, per 100 Kilogr. 13—14,50—16 Markt.
 Bohnen mehr beachtet, per 100 Kilogr. 15,70—17,00—18,00 Markt.
 Lupinen mehr offerirt, per 100 Kilogr. gelbe 9,50—10,50—11,20 Markt,
 blaue 9,30—10,40—11,00 Markt.
 Widen in maffer Haltung, per 100 Kilogr. 13—14—15 Markt.
 Delſaaten ohne Veränderung.
 Schlaglein mehr beachtet.

Pro 100 Kilogramm netto in Markt und Pf.			
Schlag-Leinſaat	26	50	25 — 22 50
Winterraps	33	50	31 50 30 50
Winterrüben	33	—	30 — 29 —
Sommerrüben	31	—	29 — 28 —
Leindotter	27	—	26 — 23 50

Rapſtuchen ruhiger, per 50 Kilogr. 7,20 bis 7,60 Markt.
 Leinſuchen unverändert, per 50 Kilogr. 9—9,50 Markt.
 Kleefamen lebhaft gefragt, rother höher, per 50 Kilogr. 58—67—72
 bis 78 Markt, — weißer ſehr feſt, per 50 Kilogr. 60—69—77—84 Markt,
 hochfeiner über Notiz.
 Lohmothee unverändert, per 50 Kilogr. 23—27—30 Markt.
 Mehl in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. Weizen fein alt 33 bis
 34 Markt, neu 29—30 Markt, Roggen fein 26,75—27,75 Markt, Hausbuden
 25,75—26,75 Markt, Roggen-Futtermehl 10,00—11,00 Markt, Weizenkleie 8
 bis 9 Markt.

Concurs-Eröffnungen.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns B. Saphir in Cranz. Zahlungs-
 einſtellung: 6. October v. J. Einſtweiliger Verwalter: Rechts-Anwalt
 Stambach. Erſter Termin: 16. Januar. — Ueber den Nachlaß des zu
 Ramenz verſtorbenen Knopfmachers Friedrich Gotlieb Neubert. Erſter
 Termin: 12. Februar. — Ueber das Vermögen des Möbelhändlers Carl
 Dorſch zu Conitz. Zahlungs-Einſtellung: 4. December v. J. Einſtweiliger
 Verwalter: Kreisgerichts-Secretär Krieſel. Erſter Termin: 17. Januar. —
 Ueber das Vermögen des Kaufmanns Alexander Uhlſch zu Löbau i. S.
 Erſter Termin: 10. Februar. — Ueber das Vermögen des Kaufmanns
 Richard Groſſe zu Zwönitz. Erſter Termin: 10. März.

Witterungsbericht vom 11. Januar.

7—8 Uhr Morgens.

	Temperatur. °Celsius.	Wind.	Wetter.
Memel	— 6	NO mäßig.	ganz heiter.
Hamburg	— 1	O mäßig.	dreiviertel bedeckt.
Crefeld	+ 6	O leicht.	ganz bedeckt.
Hannover	0	O mäßig.	Schnee.
Leipzig	+ 3	NO leiſer Zug.	ganz bedeckt.
Berlin	+ 1	O mäßig.	Schnee.
Breslau	+ 4	O leiſer Zug.	Regen.
Bamberg	+ 6	S ſchwach.	Regen.
Carlsruhe	+ 6	SO leiſer Zug.	halb bedeckt.
Friedrichshafen	+ 5	O leicht.	ganz bedeckt.

Barometer Nordoſten geſtiegen, ſonſt gefallen, beſonders im weſtlichen
 Mittel-Deutschland, wo es etwas wärmer, im übrigen Lande aber kälter war.
 Ganze Küſte gelinder Froſt. Das Wetter meiſt trübe.

Meteorologiſche Beobachtungen auf der königl. Universitäts- Sternwarte zu Breslau.

	Januar 11. 12.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,1	+ 1,3
Luftdruck bei 0°	329 ^{mm} ,84	329 ^{mm} ,84	329 ^{mm} ,30	328 ^{mm} ,38
Dunſtdruck	2 ^{mm} ,41	2 ^{mm} ,41	2 ^{mm} ,18	2 ^{mm} ,04
Dunſtſättigung	100 pCt.	100 pCt.	98 pCt.	91 pCt.
Wind	O. 2	O. 2	NO. 0	O. 1.
Wetter	bedeckt.	bedeckt.	bedeckt.	bedeckt, Nebel.

Breslau, 12. Jan. [Waſſerſtand.] D.-B. 5 Mt. 30 Cm. U.-B. — Mt. 80 Cm.

* [Literariſches.] Wir haben wiederholt Veranlaſſung genommen, unſere
 Leſer auf die im Verlage von Otto Janke in Berlin erſcheinende „Deutſche
 Roman-Zeitung“ als eins der gebiegenſten Unterhaltungsblätter auf-
 merksam zu machen — das außerordentlich reichhaltige Programm der für
 den neuen Jahrgang dieſer Zeiſchrift in Ausſicht geſtellten oder bereits ge-
 lieferten Romane bewährt den alten Ruf des Unternehmens. Das erſte
 Quartal enthielt die neueſten Werke von J. v. Dornall, A. Broof, Ph. Galen
 — lauter Namen von gutem Klang — und für die folgenden Quartale
 werden Romane von G. Wachenſpahn, B. R. Koffegger, R. Gottſchall,
 C. Rudorff, M. Jolai, G. Hiltl u. c. angeſündigt, ſo daß es an intereſſanter
 Abwechſelung ſicher nicht fehlen wird. Herborgehoben zu werden verdient
 noch das Beſtreben der Redaction, die Beiträge ſo auszuwählen, daß man
 das Blatt ohne Scheu Frauen und Töchtern in die Hand geben kann. Ein
 reichhaltiges Feuilleton, von Robert Schweißel vortrefſſich redigirt, erhöht
 die Anziehungskraft der „Deutſchen Roman-Zeitung“.

Viſitenkarten,

pro 100 Stück 15, 20, 25, 30 Sgr.,

Verlobungsanzeigen,

50 Stück für 5—6 Mt.,

Monogramme,

100 Bogen oder 100 Couverts 3 Mt.,

N. Ra